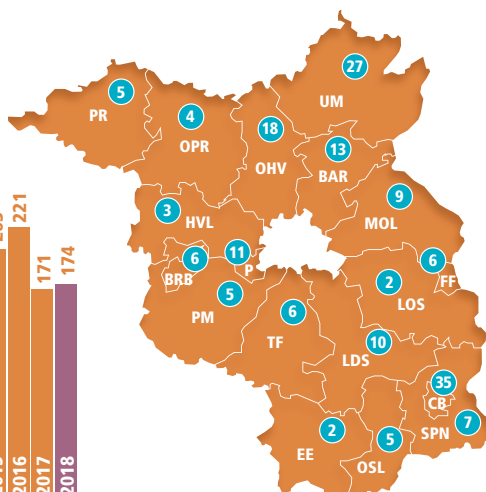
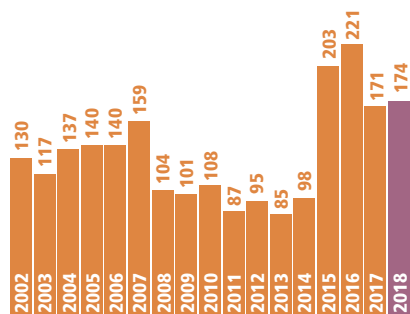


Anzahl rechter Gewalttaten nach Jahren und Landkreisen.



## INHALT

- 01 DARAN WOLLEN WIR UNS NICHT GEWÖHNEN!
- 02 INTERVIEW MIT BETROFFENEN IN BAD FREIENWALDE
- 03 VOR ORT: COTTBUS, -EBERSWALDE, POTSDAM
- 04 KURZNACHRICHTEN, REZENSION, KONTAKT

## DARAN WOLLEN WIR UNS NICHT GEWÖHNEN!

### Rechte Morde, Gewalt und Einschüchterungen im Land Brandenburg

Über 180 Menschen sind seit 1990 in Deutschland durch rechte Gewalt getötet worden. Das jüngste Opfer: Walter Lübcke, 65-jähriger Regierungspräsident des Regierungsbezirks Kassel. Die anschließende Diskussion um rechten Terror ist notwendig, kommt jedoch viele Jahre zu spät: Sie hätte geführt werden müssen, als Enver Şimşek 2000 von den Neonazis des NSU ermordet wurde, als Marwa El-Sherbini 2009 durch einen NPD-Anhänger im Gerichtssaal erstochen, als neun Menschen 2016 von einem Rassisten am Münchner Olympia-Einkaufszentrum getötet wurden und nach jedem Einzelnen, der durch rechte Gewalt starb.

Unsere Jahresstatistik 2018 trägt angesichts der Anzahl als auch des Ausmaßes der Gewalt nicht zur Beruhigung bei: 174 rechte Gewalttaten zählten wir im vergangenen Jahr. Darunter Angriffe, wie in Eberswalde, bei denen die Täter offenbar den Tod der Betroffenen in Kauf nahmen. Als regionale Schwerpunkte kristallisierten sich erneut die Stadt Cottbus und der

Landkreis Uckermark heraus. Über Cottbus hat nun unser Mitarbeiter Joschka Förschner zusammen mit dem Historiker Jakob Warnecke eine umfangreiche Broschüre geschrieben.

Dass es sich bei den gemeldeten Fällen nur um einen Ausschnitt der realen Gewaltfälle handelt, zeigte die jüngst veröffentlichte Dunkelfeldstudie des IDZ Jena<sup>1</sup>. Anhand zweier ausgewählter Bundesländer konnte nachgewiesen werden, dass die Mehrzahl vorurteilsmotivierter Straftaten nicht angezeigt wird. Außerdem wurden eine relativ hohe Kriminalitätsfurcht, hohe Folgebelastungen und ein verringertes Polizeivertrauen bei Betroffenen festgestellt.

Als wäre das nicht genug, müssen wir im kommenden Herbst mit einem großen Erfolg der Alternative für Deutschland im Landtag rechnen. Die Ergebnisse der Europawahl waren ein erster Vorgeschmack darauf: Um die 20 % der Zweitstimmen erring die AfD im Land Brandenburg. Zeitgleich mit der Europa-

wahl fanden Kommunalwahlen statt. In Cottbus, im Landkreis Spree-Neiße und Märkisch-Oderland sowie in vielen kleineren Orten errang die AfD die meisten Stimmen. Ihren Einfluss auf die Kommunal- und Landespolitik kann sie damit noch weiter ausbauen.

Was das für unsere Arbeit bedeuten wird, machte die AfD bereits vor den Wahlen deutlich: Beratungsstellen, wie die unsere und andere zivilgesellschaftliche Akteur\*innen gegen Rechts soll es unter ihrer Regierung, so heißt es im Landeswahlprogramm, nicht mehr geben. Schon seit längerem werden die Mitglieder des Beratungsnetzwerkes *Tolerantes Brandenburg* durch parlamentarische Anfragen und denunzierende Kommentare von der Partei angefeindet. Ein Antrag der AfD-Fraktion das Handlungskonzept *Tolerantes Brandenburg* mitsamt Fördermitteln zu streichen, wurde im Landtag jedoch von den demokratischen Fraktionen eindeutig abgelehnt.

*Opferperspektive e.V.*

<sup>1</sup>Viktimisierung durch Hasskriminalität: Eine erste repräsentative Erfassung des Dunkelfeldes in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein. IDZ Jena, 2019.

## „ICH DACHTE, DIE WOLLEN MEINEN MANN TÖTEN“

Prozess nach rassistischem Angriff in Bad Freienwalde zu Ende



*Vor vier Jahren griffen eine Gruppe von Neonazis nach einem Stadtfest in Bad Freienwalde drei Personen an und verletzte diese zum Teil schwer. Im April 2019 fiel das Urteil: Drei der Angreifer\*innen wurden verurteilt, ein weiterer Prozess steht aus. Von der Tat, dem Verhalten der Polizei und dem Einfluss, den der Angriff auf ihren Alltag hatte, erzählen und Yaro\* und Isabell\*.*

**Opferperspektive:** Der Angriff ist bereits vier Jahre her - bei solch einem langen Zeitraum fällt es schwer, sich an den genauen Tathergang zu erinnern. Ein Gedächtnisprotokoll nach der Tat anzufertigen, kann hier helfen. Isabell, du hast in der Situation Tonaufnahmen machen können, die auch vor Gericht abgespielt worden sind. Dort sind die rassistischen Beschimpfungen und mindestens ein Schlag zu hören. Wie kam es dazu?

**Isabell:** Mein Mann bat mich Aufnahmen zu machen, weil er Sorge hatte, dass uns niemand glaubt was dort passiert. Der ganze Angriff ging schon früher los und hat sich über mehrere Situationen hingezogen. Zuerst haben die uns verfolgt,

meinen Mann Yaro rassistisch beleidigt und angegriffen. Ich habe versucht die Polizei zu rufen und wurde auch angegriffen. Anschließend bin ich zur Polizeiwache gelaufen, um dort Hilfe zu holen. Doch dort reagierte niemand auf mein Klingeln, Klopfen und Rufen, obwohl die Wache besetzt war. Ich dachte, die wollten meinen Mann töten. Als ich auf dem Weg zurück auf ein Polizeiauto traf, sagte ich dem Polizisten, dass mein Mann Ausländer sei und gerade totgeschlagen wird. Die sind dann gewendet und nicht in die Richtung des Tatortes, sondern stadtauswärts. Es dauerte einige Minuten bis die Polizei dazu kam.

**Opferperspektive:** Und was machten die Polizisten vor Ort?

**Isabell:** Die Polizei hat sich zwischen uns und die Angreifer\*innen gestellt. Aber die haben immer wieder über die Polizei hinweg geschlagen. Das war ein gewalt-erfüllter Mob. Ich dachte, es kommt noch mehr Polizei, aber die kam nicht.

**Yaro:** Ich habe mich als die Polizei kam

sicherer gefühlt, aber das ging weg als sie uns keine Sicherheit bieten konnten. Als eine weitere Sirene zu hören war, sind die Angreifenden dann weg. Ich meinte noch zur Polizei, die sollen die Personalien aufnehmen. Der Polizist meinte, dass sie die kennen und das nicht machen bräuchten. Es wurde aber, das erfuhr ich später, nicht gegen alle ermittelt.

**Opferperspektive:** Bad Freienwalde ist eine kleine Stadt und die Täter\*innen lokal verankert. Welchen Einfluss hatte der Angriff auf euren Alltag?

**Yaro:** In den letzten Jahren haben wir lange aus Angst auswärts eingekauft und haben nicht mehr am sozialen und kulturellen Leben teilgenommen. Wir sind denen auch immer mal wieder begegnet, die haben eine Mülltonne in unserer Einfahrt ausgeleert und laut rechtsradikale Hassmusik vor unserer Tür gehört.

**Isabell:** Das ist ein machtloses Gefühl, wenn man den Eindruck hat, die Polizei versucht es unter den Tisch zu kehren. Erst weitaus später wurde durch die Presse der Staatsschutz hinzugezogen. Sonst wäre wohl nichts passiert.

**Opferperspektive:** Der Richter hat in seiner Urteilsverkündung klare Worte für das rassistische Motiv gefunden und betont, dass es solche Taten nicht mehr in Bad Freienwalde geben darf und geben wird. Wie steht ihr dazu?

**Isabell:** Es ist unfassbar, dass es fast vier Jahre gedauert hat bis ein Prozess nur gegen einen Teil der Gruppe abgeschlossen wird und sich die Dauer auch noch auf die Urteile in deren Gunsten auswirkt.

**Opferperspektive:** Vielen Dank für eure Offenheit und viel Kraft für die Zukunft.

\*Die Namen der Betroffenen wurden geändert

## VOR ORT

### COTTBUS

Ende Januar gerät ein Studierender der BTU Cottbus am Hauptbahnhof der Stadt in eine rassistische Polizeikontrolle. Als er – gemeinsam mit über hundert anderen Fahrgästen – den voll besetzten Regionalzug verlässt und den Bahnhof mit dem Ziel Uni-Campus verlassen will, wird er zielgerichtet von zwei Beamten der Bundespolizei angehalten. Diese unterstellen ihm Drogenkonsum und führen noch in der Bahnstufunterführung einen zweifelhaften Drogenschnelltest durch. In der Wache im Bahnhofsgebäude muss sich der Betroffene teilweise entkleiden, seine Sachen werden eingehend untersucht. Nach ca. 30 Minuten erklären die Beamten die Kontrolle für beendet und bitten den Betroffenen ohne Tatnachweis die Wache zu verlassen. Die Bitte um einen schriftlichen Beleg über die durchgeführte Kontrolle, wird barsch zurückgewiesen. Gemeinsam mit der *Opferperspektive* reicht der Betroffene eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Beamten ein, da er von racial profiling ausgeht. Die Bundespolizei weist die Beschwerde zurück und erklärt die Kontrolle für „rechtmäßig und verhältnismäßig“. Eine Begründung für die Verweigerung der Aushändigung eines Nachweises über die Kontrolle gibt die Polizeibehörde allerdings nicht.

### EBERSWALDE

Am 3. August 2018 wird eine Studentin der *Hochschule für nachhaltige Entwicklung* (HNEE), die gemeinsam mit Kommilitoninnen auf dem Fahrrad unterwegs ist, plötzlich auf der Straße von einem Auto blockiert. Sie versucht, den PKW links zu umfahren, doch der Fahrer steigt aus dem Auto aus, rennt auf sie zu und stößt sie kräftig in die Gegenfahrbahn, auf der sich ein PKW nähert. Die Studentin gerät ins Schlingern, kommt immerhin nicht zu Fall. Das entgegenkommende Auto muss auf den Gehweg ausweichen, um einen Zusammenstoß zu verhindern, fährt aber dennoch ohne anzuhalten weiter.

Die schockierte Studentin fragt den Fahrer, was das solle und wird von ihm massiv rassistisch beschimpft. Sie solle sterben oder zurück in ihr Land gehen. Auch als die voraus gefahrenen Begleiterinnen der Studentin zurückkommen, um sich zu erkundigen was passiert sei, setzt der Mann seine rassistischen Hasstiraden fort. Die Betroffene erklärt, dass ein Nazi gerade versucht habe, sie umzubringen, und wird von ihren Kommilitoninnen vom Auto weggezogen. Die Frauen haben Angst, dass der Mann sie überrollt. Er droht der Betroffenen, dass er sich ihr Gesicht gemerkt habe und fährt davon. Nicht nur der Angriff allein war entsetzlich, auch die (zunächst) ausbleibenden Reaktionen erschüttern die Betroffene. Viele Bekannte aus der Uni wollen nicht hören, was passiert ist und wiegel ab. Die Polizei verweigert die Aufnahme einer Anzeige, da diese zu nichts führen würde.

Erst Wochen später löst ein offener Brief an die Universitätsleitung hochschulinterne Reaktionen und polizeiliche Ermittlungen aus. Bereits seit 2017 registriert die *Opferperspektive* vermehrt rassistische Angriffe in Eberswalde. Student\*innen der HNEE und Geflüchtete berichten von feindseligen Blicken oder rassistischen Kommentaren gegen sie. Den Angriff aus 2018 nicht als singuläres Ereignis zu skandalisieren, sondern diesem alltäglichen, immer wieder auch

gewaltförmigen Rassismus etwas entgegen zu setzen, haben sich Eberswalder Aktivist\*innen zum Ziel gesetzt. Offensive Solidarisierung mit den Betroffenen rassistischer Gewalt und Diskriminierung; eine Kultur des Hinguckens und Zuhörens, wenn es um Alltagsrassismus geht und eine vertiefte Auseinandersetzung mit strukturellem Rassismus stehen für sie einmal mehr auf der Tagesordnung - in der Hochschule mit ihrem internationalen Profil genauso wie in der Stadtgesellschaft. Erste Gespräche hierzu sind gelaufen.

### POTSDAM

Im Juni beendete der Untersuchungsausschuss zum NSU und der militanten Neonaziszene in Brandenburg seine Arbeit. Im Abschlussbericht sind sich die Fraktionen uneins, welche Schuld und Verantwortung der Verfassungsschutz, die Polizei und das Innenministerium für den Ausbau der militanten Neonaziszene und die fehlende Weitergabe von Informationen an andere Behörden tragen. Zu viele Fragen blieben ungeklärt, zu viele Akten gesperrt. Die Konsequenzen aus dem Untersuchungsausschuss sind zudem eine Verhöhnung der Opfer und Angehörigen: Statt Entschädigung und Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt, beschließt das Land den Ausbau des Verfassungsschutzes.



## AUS DER ARBEIT DES OPFERPERSPEKTIVE E.V.

### ENTSCHÄDIGUNG TODESOPFER RECHTER GEWALT

Im Jahr 2018 hat die Bundesregierung eine „rückwirkende Verdreifachung der Härteleistungen für Hinterbliebene terroristischer Anschläge und extremistischer Übergriffe“ beschlossen. Die Erhöhung ermöglicht es auch allen direkten Angehörigen von Todesopfern rechter Gewalt einen Antrag zu stellen. Die *Opferperspektive* versucht aktuell zu allen Familien in Brandenburg Kontakt aufzunehmen, um sie über die Möglichkeit zu informieren und Hilfe bei der Antragsstellung anzubieten.

### FÖRDERUNG DES DACHVERBANDES UNGEWISS

Die Finanzierung des „Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“, Dachverband der Opferberatung *Opferperspektive*, ist für das Jahr 2020 ungewiss. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Strukturförderung durch das vom Bundesfamilienministerium finanzierte Programm „Demokratie Leben!“ nicht in Aussicht. Betroffen sind auch die Dachverbände der *Mobilen Beratung* und die Ausstiegsberatung.

### PÄDAGOGISCHES MATERIAL ENTWICKELT

Für unsere Ausstellung *Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg* bieten wir neu konzipiertes pädagogisches Material zur Begleitung von Schüler\*innen ab Klasse 9 an. Das Unterrichtsmaterial besteht aus vier Modulen, die ausstellungsbegleitend als inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Ausstellung sowie als Vertiefung einzelner Aspekte durch biographisches Lernen genutzt werden können. Sie stehen auf der Webseite [www.Todesopfer-rechter-Gewalt-in-Brandenburg.de](http://www.Todesopfer-rechter-Gewalt-in-Brandenburg.de) zum Download bereit.

### ZUKUNFT RECHTS?!

Der Verein *Zukunft Heimat* ist für viele zum Inbegriff rassistischer Mobilisierung in Cottbus und im Land Brandenburg geworden. Joschka Fröschner, Mitarbeiter des Vereins *Opferperspektive* und Jakob Warnecke, promovierter Historiker, analysieren in der von der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* und dem *Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit* herausgegebenen Broschüre präzise die Entwicklung, Vernetzung und Wirkung der als *Pro Zützen* gegründeten geflüchteten-feindlichen Initiative. *Zukunft Heimat* gilt inzwischen als Erfolgsmodell und wird überregional von rechten Strukturen, wie *Ein Prozent*, *Institut für Staatspolitik* und *Pegida* unterstützt. Zurecht widmen sich die beiden

Autoren diesem besorgniserregenden Beispiel auf 87 Seiten. Zum Redaktionsschluss Anfang diesen Jahres sehen sie den erneut eingetretenen Wahlerfolg der AfD in Brandenburg voraus und stellen ihn in einen Zusammenhang mit den Aktivitäten des Vereins. Die rassistischen Straßenproteste um *Zukunft Heimat* seien ein stimmenbringendes Modell, das von anderen Landesverbänden der Partei übernommen werden könnte. In Sachen wirksamer, langfristiger Gegenmaßnahmen zum rechten Agenda-Setting herrscht weitgehende Ratlosigkeit. Die Verwaltung und Presse der Region, die der Entwicklung wenig entgegenzusetzen haben, sehen die Autoren in die Verantwortung und zeigen, welche massiven Auswirkungen die rassistische Stimmungsmache unter anderem für Geflüchtete und People of Color hat.



Rosa-Luxemburg-Stiftung/ Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus & Fremdenfeindlichkeit: „Was interessiert mich denn Cottbus?“ Dynamiken rechter Formierung in Südbrandenburg: der Verein *Zukunft Heimat*. Potsdam 2019.

### SPENDENKONTO

#### BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT

KONTO: 381310 BLZ: 10020500 IBAN: DE34 1002 0500 0003 8131 00 BIC: BFSWDE33BER

### IMPRESSUM

#### OPFERPERSPEKTIVE E. V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam

+49 (0)331 8170000  
@ info@opferperspektive.de

+49 (0)331 8170001  
www.opferperspektive.de

Redaktion: Christin Jänicke



Gefördert aus Mitteln des

